

INTERNATIONALES SYMPOSIUM ZUR GEPLANTEN EINFUEHRUNG DES LAW SCHOOL-SYSTEMS

Prof. Dr.Dr.h.c. Peter Gilles, Frankfurt a. M.*

I. Juristenausbildung in Deutschland nach der Reform 2003

Was zunaechst die allgemeine aktuelle Situation der Juristenausbildung in Deutschland zu Anfang des 21. Jahrhunderts betrifft, das heißt die aktuelle Situation in den einzelnen Bundesländern der deutschen Bundesrepublik mit ihren allgemein verbindlichen bundesrechtlichen Vorgaben im deutschen Richtergesetz, handelt es sich bei der Juristenausbildung bundesweit durchgängig um eine sog. Zweistufenausbildung, die aus einem rechtswissenschaftlichen Universitätsstudium mit Erster juristischer Staatsprüfung (neuestens mit einer integrierten universitären Schwerpunktbereichsprüfung) sowie aus dem juristischen Vorbereitungsdienst (Referendariat) mit einer Zweiten juristischen Staatsprüfung besteht.

Ihre bundesrechtliche Regelung erfahrt die deutsche Juristenausbildung nach wie vor durch das Deutsche Richtergesetz (DRiG) als Rahmengesetz, waehrend ihre Regulierung im Einzelnen Sache der 16 Bundeslaender ist(vgl. die Juristenausbildungsgesetze (JAG) und Juristischen Ausbildungs-

* Visiting Professor of Law, Seoul National University

und Prüfungsordnungen (JAPO) der Länder).

Dabei läßt sich jedenfalls der akademisch-universitären Ausbildungsabschnitt nur schwerlich mit "Juristenausbildung" im eigentlichen Wortsinn bezeichnen. Denn bei diesem universitären Ausbildungsabschnitt handelt es sich nicht oder allenfalls punktuell um eine Ausbildung zum "Juristen" als einer Berufsrolle oder einem Berufsbild unter vielen anderen und in diesem Sinne um eine echte "Juristenausbildung", sondern um nichts anderes oder kaum etwas anderes als um das Studium bzw. die Vermittlung von "Rechtswissenschaft" an rechtswissenschaftlichen Fakultäten bzw. Fachbereichen im Sinne des Erlernens bzw. des Lehrens einer allzu oft ebenso lebens- wie praxisfernen "Rechtsgelehrsamkeit".

Im schier endlosen Auf und Ab der Reformen mit ihren wechselnden Gezeiten von Reformfreudigkeit und Reformmüdigkeit hat nunmehr das zum 1. Juli 2003 in Kraft gesetzte neueste "Gesetz zur Reform der Juristenausbildung" vom 11. Juli 2002¹⁾ der deutschen Juristenausbildung eine weitere Reformwelle beschert, die den alten und neuen Problemen durch alte und neue Maßnahmen zu begegnen sucht.

Was nunmehr im Mittelpunkt des neuen Reformgesetzes und der im vorhinein wie nachhinein hierdurch ausgelösten neuesten "Juristenausbildungsdebatte 2003"²⁾ steht, um die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts anzunehmen, sind wieder einmal neben einer Entwicklung "marktkonformer Ausbildungsleitbilder" die sog. "Berufsfeldorientierung" und

1) Juristenausbildungsreformgesetz, BGBl I, 2592; vgl. dazu auch BR-Dr 259/02; BT-Dr 14/7176; und hierzu näher Gilles/Fischer, "Juristenausbildung 2003 - Zur neuesten Ausbildungsreformdebatte in Deutschland", in: Ritsumeikan Law Review, International Edition, Kyoto (Japan), Nr. 20, 2003, S. 101 ff., dies., "Juristen ausbildung 2003. Anmerkungen zur neuesten Ausbildungsreform", in: NJW 2003, S. 707 ff., jeweils mit zahlreichen weiren Nachweisen.

2) Vgl. dazu nur beispielhaft H. A. Hesse, AnwBl 2002, S. 69 ff.; Hommelhoff/Teichmann, Jus 2002, S. 839; Bull, JZ 2002, S. 977 ff.; Reich/Vanistendaehl, ZRP 2002, S. 268 ff.; Barth, ZAP Aktuell 2002, S. 611 f.; Djen, ZRP 2002, S. 237; Leetz, DRiZ 2002; Gilles/Fischer, a.a.O. (N. 1).

insbesondere "Anwaltsorientierung" der Juristenausbildung, wobei es die gravierenden Veränderungen der juristischen Berufswelt vor allem während der letzten beiden Jahrzehnte und ebenso die prognostizierbaren weiteren Veränderungen zu beachten gilt.

Darüber hinaus trägt die neue Ausbildung wenigstens in begrenztem Umfang der zunehmenden Ausdifferenzierung, Komplizierung und geradezu explosionsartigen Ausweitung des nationalen Rechtsstoffs Rechnung und ebenso seinen wachsenden internationalen Bezügen, seiner voranschreitenden Europäisierung. Gleiches gilt fuer den neuerlichen Trend, das klassische richterliche und gerichtliche konflikts- und streitentscheidungs-geprägte Denken und Handeln in Wissenschaft und Praxis durch Methoden und Strategien einer nicht-richterlichen bzw. außergerichtlichen Konflikts-bereinigung etwa durch Streitschlichtung zu ergänzen oder zu ersetzen, womit die rechtsberatenden und rechtsgestaltenden Juristentätigkeiten ins Blickfeld rücken.

Was auch jetzt wieder nach wie vor kraft Gesetzes im Zentrum der universitären - und noch immer insoweit "klassischen" - Juristenausbildung steht, sind neben den tradierten "Pflichtfächern" im Sinne von "Kern-bereichen des Bürgerlichen Rechts, des Strafrechts, des Öffentlichen Rechts und des Verfahrensrechts einschließlich der europäischen Bezüge, der rechtswissenschaftlichen Methoden, der philosophischen, geschichtlichen und gesellschaftlichen Grundlagen" nunmehr neue "Schwerpunktbereiche" mit "Wahlmöglichkeiten" zur "Vertiefung der damit zusammenhängenden Pflicht-fächer" sowie zur "Vermittlung interdisziplinärer und internationaler Bezüge des Rechts".

Erstmalig abgerückt wird jetzt auch von einer bislang rein staatlichen Ersten juristischen Staatsprüfung durch eine punktuelle "universitäre Schwerpunktbereichsprüfung", deren Ergebnis anteilig in die Gesamtbenotung des ersten Examens mit 30 % einfließt. Und neu ist auch die durch die einzelnen Bundesländer wieder einmal eingeführte universitäre "Zwischen-

prüfung".

Dazu kommen als völlig neue Aspekte nunmehr nicht nur der Besuch "fremdsprachiger wissenschaftlicher Veranstaltungen und rechtswissenschaftlich ausgerichteter Sprachkurse" sowie "obligatorische fachspezifische Fremdsprachenkenntnisse im Studium", sondern insbesondere auch - als Querschnittsperspektive nahezu aller Disziplinen - sog. "Schlüsselqualifikationen" wie "Verhandlungsmanagement, Gesprächsführung, Rhetorik, Streitschlichtung, Mediation, Vernehmungslehre und Kommunikationsfähigkeit".

Was sich hinter diesen Schlüsselqualifikationen im einzelnen verbirgt und wie sich diese überhaupt auf eine wissenschaftlich fundierte Weise durch wen auch immer in welcher Art von Lehr- und Lernveranstaltungen erfassen und vermitteln lassen, ist dabei bislang noch völlig ungeklärt³⁾.

Unter den gesetzlichen Neuerungen besonders hervorhebenswert ist ferner, daß innerhalb der dem ersten Examen folgenden zweijährigen juristischen Ausbildungsphase - also innerhalb des Referendariats bzw. des

3) Zur wachsenden Literatur zu einzelnen dieser Schlüsselqualifikationen vgl. z.B. **Henssler/Koch** (Hrsg.), *Mediation in der Anwaltspraxis*, 2000; **Duve**, *Mediation und Vergleich im Prozeß*, 1999; **Duve/Eidenmüller/Hacke**, *Mediation in der Wirtschaft*, 2003; **Haft**, *Verhandeln. Die Alternative zum Rechtsstreit*, 1992; **Gottwald/Treuer**, *Vergleichspraxis. Tips für Anwälte und Richter*, 1991; **Fisher/Brown**, *Gute Beziehungen. Die Kunst der Konfliktvermeidung, Konfliktlösung und Kooperation*, 1989; **Ury/Brett/Goldberg**, *Konfliktmanagement. Wirksame Strategien für den sachgerechten Interessenausgleich*, 1991; **Fisher/Ury**, *Das Harvard-Konzept. Sachgerecht verhandeln, erfolgreich verhandeln*, 1991; **Gottwald/Haft** (Hrsg.) *Verhandeln und Vergleichen als juristische Fertigkeiten*, 1987; **Gast**, *Juristische Rhetorik*, 2. Aufl. 1992; **Haft/Schlieffen**, *Handbuch Mediation. Verhandlungstechnik, Strategien, Einsatzgebiete*, 2002; **Risse**, *Wirtschaftsmediation*, 2003; **Heussen**, *Time Management für Anwälte*, 2002; **Gottwald**, *Streitbeilegung ohne Urteil*, 1981; **Bender/Röder/Nack**, *Tatsachenfeststellung vor Gericht, Band 1, Glaubwürdigkeits- und Beweislehre*, 1981; **Bender/Röder/Nack**, *Tatsachenfeststellung vor Gericht, Band 2 Vernehmungslehre*, 1981; **Gottwald/Hutmacher/Röhl/Stempel**, *Der Prozeßvergleich. Möglichkeiten, Grenzen, Forschungsspektiven*, 1983; **Burgbacher/Gartmann/Grunow/Knieper/Rehbinder/Röttger/Wahl**, *Juristische Berufspraxis. Eine empirische Untersuchung*, 1976; **Volks**, *Anwaltliche Berufsrollen und anwaltliche Berufsarbeit in der Industriegesellschaft*, Diss., 1974; **Maier**, *Kunst des Rechtsanwalts*, 1971; **Franzen**, *Anwaltskunst*, 1993; **Wasilewski**, *treitverhütung durch Rechtsanwälte*, 1990; **Ponschab/Schweizer**, *Kooperation statt Konfrontation*, 1997; **Breidbach**, *Mediation*, 1995.

juristischen Vorbereitungsdienstes mit seinen Pflicht- und Wahlstationen, die vorgesehene Pflichtstation bei einem Rechtsanwalt auf künftig neun Monate erweitert worden ist.

Zudem wird jetzt eine Mitwirkung von Rechtsanwälten bei der Ausbildung angemahnt, die als "anwaltliche Ausbilder" aufgefordert werden, den Referendar "in den Aufgaben eines Rechtsanwalts zu unterweisen, ihn anzuleiten und ihm Gelegenheit zu praktischem Arbeiten zu geben", wobei Gegenstände dieser anwaltlichen Ausbildung insbesondere die "gerichtliche und außergerichtliche Anwaltstätigkeit, der Umgang mit Mandanten, das anwaltliche Berufsfeld und die Organisation einer Rechtsanwaltskanzlei" sein sollen.

Welche unzähligen und in mancher Hinsicht schier unlösbar erscheinenden Probleme diese neuerlichen Gesetzesregelungen angesichts des bisherigen Mangels an konkreten Ausbildungskonzepten, methoden und -modellen, angesichts der schwierigen Suche und Einbindung berufserfahrener und pädagogisch geschulter, fremdsprachenkundiger und in den sogenannten Schlüsselqualifikationen bewanderter Ausbilder, angesichts steigender Studentenzahlen bei gleichzeitigem Abbau des Hochschulpersonals und der universitären Einrichtungen und nicht zuletzt angesichts der leeren Kassen und knappen Staatsbudgets wie überhaupt angesichts der gegenwärtigen extremen Sparpolitik auf dem deutschen Bildungssektor aufwerfen, läßt sich leicht erahnen.

II. Beibehaltung der Staatsexamen in Deutschland

Abgesehen von der schon erwachten Neuerung der Einrechnung einer erstmaligen universitären Schwerpunktsbereichsprüfung in die Erste juristische Staatsprüfung haelt Deutschland auch nach dieser neuesten Reform fuer die Juristenausbildung an dem tradierten System von Staatsexamina fest.

Diese sind bei den Justizpruefungsaeamtern der einzelnen Bundeslaender abzulegen. Die Pruefungskommission der Ersten Staatspruefung ist zumeist mit 2 Praktikern(Staats- und Verwaltungsbeamten, Richern Anwaelten o.a.) und 2 Hochschullehrern besetzt, die der Zweiten Staatspruefung zumeist ausschliesslich mit Praktikern, und beide Pruefungen finden jeweils unter dem Vorsitz eines Praktikers statt. In beiden Pruefungen sind jeweils muendliche Leistungen(Dauer der muendlichen Pruefung: ca. 5-6 Stunden bei normalerweise 5-6 Kandidaten) und schriftliche Leistungen(ueberwachte Aufsichtsarbeiten und in manchen Laendern eine zusaetzliche mehrwoechige Hausarbeit) zu erbringen.

Der Pruefungsstoff der Ersten juristischen Staatspruefung erstreckt sich im wesentlichen auf den zuvor schon genannten universitaeren Ausbildungsstoff.

Was die der zweiten juristischen Staatpruefung vorausgehende praktische Ausbildung, also den zweijaehrigen sogenannten Vorbereitungsdienst anbelangt, findet letzterer jeweils fuer mehrere Monate bei 4 Pflichtstationen (Gericht in Zivilsachen fuer 3 Monate, Staatsanwaltschaft oder Gericht in Strafsachen fuer 3 Monate, Verwaltungsbehoerde fuer 3 Monate, Rechtsanwalt fuer nunmehr 9 Monate) sowie bei einer oder mehreren Wahlstationen statt. Der Pruefungsstoff der Zweiten juristischen Staatspruefung erstreckt sich dann im wesentlichen auf das, was im Vorbereitungsdienst unterrichtet und geuebt worden ist.

Misslungene Staatspruefungen koennen nur einmal wiederholt werden. Die Durchfallquoten liegen von Land zu Land leicht unterschiedlich im Schnitt beim Ersten Staatsexamen zwischen 20 und 25 % und beim Zweiten bei 15-20 %.

III. Anmerkungen zur geplanten Einfuehrung des Law School-Systems in Korea

Nach Ansicht kritischer koreanischer Beobachter und auch meiner eigenen wird die Schaffung von Law Schools unter den bislang bekanntgewordenen ausbildungspolitischen Vorgaben Ziele und Inhalte, Lehrmethoden ,Lerntechniken und Leistungskontrollen aber auch das 'wissenschaftliche Klima' und die 'akademische Atmosphaere' der bisherigen Juristenausbildung tiefgreifend veraendern.

Allein schon die Verkuerzung des Jurastudiums an den Law Schools auf 3 Jahre trotz der Fuelle und explosionsartigen Ausweitung des koreanisch-nationalen wie inter- und transnationalen Rechtsstoffs, ferner die starke Orientierung am Vorbild des US-amerikanischen Law School-Systems einschliesslich seiner Methoden und Inhalte und nicht zuletzt die zunehmende oder sogar alleinige Ausrichtung des Studiums an berufspraktischen Beduerfnissen lassen erhebliche Einbussen an hinreichender Wissenschaftlichkeit in Lehre und Forschung befuerchten im Sinne einer - bereits jetzt schon feststellbaren - Ueberhandnahme von Rechtstechnizismus und Rechtspragmatismus (Stichwort: 'Verpraxung').

Diese Entwicklung geht auf Kosten der Rechtsdogmatik, Rechtsmethodologie und Rechtstheorie, wie sie jedenfalls von einer Minderheit koreanischer Rechtswissenschaftler und Rechtswissenschaftlerinnen bislang noch gepflegt werden, und zwar vorallem von solchen, die in Kontinentaleuropa wie namentlich in Deutschland oder gelegentlich auch in Frankreich studiert und promoviert haben.

Gerade fuer diese 'Inseln echter Rechtswissenschaft' innerhalb Koreas besteht mit Einfuehrung des Law School-Systems die Gefahr, dass diese immer kleiner und immer weniger werden oder vielleicht in Zukunft gaenzlich verschwinden. Innerhalb der koreanischen Juristenausbildung verlieren naemlich kontinentaleuropaeische Rechtssysteme und Rechtsterminologien

schon jetzt mehr und mehr an Interesse und Bedeutung. Schon jetzt naemlich heisst das Hauptziel fuer Studienaufenthalte im Ausland fuer koreanische Studenten wie Professoren gleichermassen 'USA' und nicht oder nicht mehr 'Deutschland' , 'Frankreich' o.a.

Mit den Bedeutungsverlusten der Rechtswissenschaft einher gehen merkliche Bedeutungsverluste auch auslaendischer Sprachen - mit Ausnahme der englischen Sprache - wie besonders der deutschen Sprache als Rechtssprache und - wegen der historisch begruendeten Naehel zwischen Grossbereichen des deutschen und des koreanischen Rechts - als einstmals erste Fremdsprache koreanischer Juristen. Schon laengst dominiert hier wie anderswo Englisch, wenngleich selbst Englisch innerhalb von Lehrveranstaltungen nur noch selten eine Rolle spielt und praktisch schon heute fast gar keine mehr bei juristischen Eingangspruefungen und Leistungskontrollen.

Selbst die frueher in Korea so beliebten Nachdrucke auslaendischer Lehrbuecher und Kommentare finden heutzutage kaum mehr Abnehmer.

Den guten Willen unterstellt, wird die Law School zum Erlernen und Vertiefen Auslaendischer juristischer Fachsprachen und zum Studieren der auslaendischer Fachliteratur den Professoren und den Studierenden hierfuer kaum mehr die noetige Zeit belassen.

Unter den auf wissenschaftliche Qualitaet bedachten Universitaetsprofessoren und -professorinnen bestehen auch Sorgen hinsichtlich eines wissenschaftlich moeglichst hoch qualifizierten Nachwuchses, zumal es die Absolventen gegenwaertig des Judicial Reseach and Training Instituts und spaeter der neuen Nachfolgeinstitute von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen vorziehen bzw. vorziehen werden, schon wegen der weit besseren Verdienstmoeglichkeiten den Richter- oder den Anwaltsberufsweg einzuschlagen, statt den eines Hochschullehrers. Gelegentlich wird auch der Vorwurf laut, die Mehrheit heutiger Rechtsprofessoren in Korea sei ohnehin ueberhaupt nicht hinreichend wissenschaftlich qualifiziert.

Schliesslich sehen die gegenwaertigen Law Colleges und kuenftigen Law Schools finanzielle Probleme auf sich zukommen und manche der kleineren Privatuniversitaeten befuerchten infolge der Law School-Einfuehrung ihren wirtschaftlichen Ruin. Und auch manche Studierende, die auf Nebenjob-verdienste zur Finanzierung ihres Studiums angewiesen sind ,haben begruendete Aengste, bei einem alsdann stark verschulden und ebenso arbeits- wie zeitaufwendigen Law School-Studium, zu einer Nebentaetigkeit nicht mehr in der Lage zu sein.

로스쿨체제의 도입에 대하여

Prof. Dr.Dr.h.c. Peter Gilles, Frankfurt a. M.*

김 혜 정(역)**

I. 2003년 개혁이후의 독일 법조인양성교육

먼저 21세기 초 독일 법조인양성교육(Juristenausbildung)의 일반적인 상황에 대하여 이야기하면, 독일의 각 개별 주의 현재상황은 독일법관법(Deutsche Richtergesetz; DRiG)에 있는 일반적으로 구속력 있는 독일연방규정에 따라, 법조인양성과 관련하여 전 독일에 걸쳐서 예외 없이 소위 “2단계양성교육(Zweistufenausbildung)”이 실시되고 있다는 것이다. 이는 법과대학의 수업을 통한 ‘1차 사법국가시험(Erste juristische Staatsprüfung)’(새롭게 통합된 대학의 중점영역시험과 함께)과 사법연수기간(juristische Vorbereitungsdienst: Referendariat)을 통한 ‘2차 사법국가시험(Zweite juristische Staatsprüfung)’으로 이루어져 있다.

이러한 연방법적인 규정은 예전과 같이 원칙법(Rahmengesetz)으로서 독일법관법(DRiG)에 규정되어 있고, 개별적인 사안은 16개 주에, 예컨대 각주의 ‘법조인양성교육법(Juristenausbildungsgesetz; JAG)’ 내지 ‘법조인양성및시험령(Juristischen Ausbildungs- und Prüfungsordnungen; JAPO)’ 등에 위임하고 있다.

그와 함께 대학의 교육영역(Ausbildungsabschnitt)에서는 단순히 “법조인양성교육”이라고만 표현한다. 이러한 대학의 교육영역에서는 직업적인 역할 혹은 직업교

* Visiting Professor of Law, Seoul National University

** 영남대학교 법과대학

육으로서의 “법조인”을 위한 양성이 중요한 것이 아니라, “법조인양성교육”의 진정한 의미는 법학과에서 “법학”이라는 학문의 공부가 중요한 것이다.

개혁지향성과 개혁성숙성의 교차 속에서 끊임없는 개혁의 논란과 함께 2002년 7월 11일에 통과되어 2003년 7월 1일에 발효된 새로운 “법조인양성의 개혁에 관한 법률(Gesetz zur Reform der Juristenausbildung)”은 독일의 법조인양성교육에 보다 넓은 개혁의 파장을 가져왔다.

21세기의 도전(Herausforderungen)을 받아들이기 위한 새로운 개혁법과 그와 관련된 새로운 “2003 법조인양성토론(Juristenausbildungsdebatte 2003)”의 중요한 점은 시장(경제)에 일치된 양성교육모델의 발전과 관련하여, 소위 법조인양성교육에 있어 “직업분야지향(Berufsfeldorientierung)” 특히 “변호사(실무)지향(Anwaltsorientierung)”에 중점을 둔 것이다. 이는 무엇보다도 지난 20여 년 간 법조인 직업세계의 중요한 변화와 그에 따라 예측 가능한 또 다른 변화를 고려한 것이라고 할 수 있다.

따라서 새로운 양성교육은 최소한 제한된 범주에서라도 국가적인 법률소재(Rechtsstoff)의 증가하는 독립성(Ausdifferenzierung), 복잡성(Komplizierung) 그리고 폭발적인 확장, 그와 함께 증가하는 국제관계, 특히 유럽화 등을 고려하고 있다. 동시에 새로운 경향에는 전통적인 법관과 법원의 충돌되는 결정을 배제하는 사고 그리고 법관에 의하지 않은, 특히 법정 밖에서의 충돌의 해결 또는 다툼의 조정이라는 방법론 내지 전략을 통한 실무와 학문의 관계(Handeln) 등을 보충하거나 대체하는 것도 중요시된다.

현재 예전처럼 대학교육과 “전통적인” 법조인양성교육의 중심에 있는 현행법률에는 “민법, 형법, 공법과 유럽과의 관계와 관련한 절차법, 법학방법론, 철학적/역사적/사회적 기초과목 등의 핵심영역(Kernbereiche)”이라는 관점에서 전승되는 “필수과목(Pflichtfächern)”과 필수과목의 종합적인 심화를 위한 더 나아가 법의 여러 가지 전문영역과 국제관계의 중재를 위한 선택과목을 포함한 새로운 “중점영역(Schwerpunktbereiche)” 등이 포함되어 있다.

그 시험결과를 1차 시험의 전체성적에 30% 반영하게 된 “대학의 중점영역시험(universitäre Schwerpunktbereichsprüfung)”을 됴으로써, 지금까지 단순히 국가주관으로 된 1차 사법국가시험이 처음으로 (그 역할에) 거리를 두게 되었다. 그밖에 새로운 것은 각각의 개별州를 통해 도입된 대학의 “중간시험(Zwischenprüfung)”이다.

그와 함께 (이번 개혁에서) 완전히 새로운 또 다른 점은 “외국어로 된 학문적 강의와 법학과 관련되어 개설된 어학과정”의 이수(Besuch), 이외에 “수업에 있어서 의무적인 전문분야 외국어능력”을 요구하고 있고, 특히 - 모든 원칙의 종합적인 전망(Querschnittsperspektive)으로써 - 소위 “해결능력(Schlüsselqualifikationen)”, “협상업무(Verhandlungsmanagement), 대화주도(Gesprächsführung), 修辭學(Rhetorik), 분쟁조정(Streitschlichtung), 중재(Mediation), 심문이론(Vernehmungslehre) 그리고 의사소통능력(Kommunikationsfähigkeit)”이 요구된다는 것이다.

이러한 해결능력 뒤에 개별적으로 무엇이 숨겨져 있는지, 학문에 기반을 둔 방법으로서의 강의에서 누구를 통해서 또 어떤 방식을 통해서 (이러한 것들이) 이해되고 중재되어야 하는 것인가에 대해서는 지금까지 완벽하게 설명되지 못하고 있다.

게다가 새로운 법률안에는, 1차 시험 후에 따라오는 2년의 법조인 양성교육단계 중에 - 의무(연수)기관(Pflichtstation)과 선택(연수)기관(Wahlstation)에서의 연수(Referendariat), 특히 법조인 연수기간 중에 변호사 사무실에서의 연수기간을 앞으로는 9개월로 증가시키게 되었다는 것이 특히 강조되고 있다.

더불어 지금 법조인 양성교육에 있어서 변호사의 영향이 “변호사적인 양성자”를 요구하도록 하고 있다. 연수자에게 “변호사의 과제를 가르치고, 상황을 실습할 수 있는 일을 주고”, 그와 함께 이러한 변호사적인 교육의 목적이 특히 “법원에서 그리고 법원 밖에서 변호업무, 예컨대 고객과의 대화, 변호사사무소의 조직과 변호사 직업영역이라는 업무가 되도록 하고 있다.

이러한 새로운 법규정들은 구체적인 교육내용, 방법, 교육모델에 대한 지금까지의 결함을 고려할 때, 직업경험이 있고 교육학적으로 배움이 있고 외국어 능력이 있으며 소위 해결능력까지 겸비한 교육자를 찾기가 어렵다는 점을 고려할 때, 대학에서 활동하는 인력 및 대학시설의 감소와 함께 증가하는 학생 수를 고려하고, 점점 고갈되고 있는 국가예산을 고려하고, 무엇보다도 독일의 교육분야에서 현재의 극단적인 긴축정책을 고려할 때, 상당히 많은 것들이 그 중에 몇몇은 해결할 수 없을 것으로 보이는 문제로 나타날 것이라는 것을 쉽게 예감할 수 있다.

II. 독일 국가시험의 유지

이미 언급한 1차 사법국가시험에서 처음으로 대학의 중점영역시험(Schwer-

punktsbereichsprüfung)의 실시라는 새로운 것 이외에도, 독일은 이번 법조인양성 교육을 위한 개혁에 의해 국가시험의 제도를 확정했다. 이러한 것들은 각 주의 사법시험관리부서에 위임하고 있다. 1차 국가시험 위원회(Die Prüfungskommission der Ersten Staatsprüfung)는 대부분 2명의 실무가(국가공무원, 행정공무원, 법관, 변호사 중예)와 2명의 대학교수로 구성되어 있다. 2차 국가시험 위원회는 대부분 실무가로 구성되어 있다. 이러한 1차 및 2차 시험은 그때마다 실무가 중 한 사람이 위원장이 되어 실시된다. 이러한 1·2차 시험은 구술시험(구술시험은 보통 5-6명의 대상자에 대하여 대략 5-6분 정도 소요)과 필기시험(감독시험(Aufsichtsarbeiten) 및 몇몇의 주에서는 추가적으로 몇주의 시간을 준 과제물(Hausarbeiten))로 치른다.

1차 사법국가시험의 시험과목(Prüfungsstoff)은 실제로 이미 언급된 대학의 법조인양성교육과목과 동일하다.

2차 사법국가시험에 선행되는 실무양성교육, 즉 2년간의 소위 연수기간(Vorbereitungsdienst)과 관련해서는, 4곳의 의무(연수)기관(Pflichtstation) - 민사법원에서 3개월, 검찰 혹은 형사법원에서 3개월, 행정관청에서 3개월 변호사사무소에서 9개월을 포함하여 1개 이상의 선택(연수)기관(Wahlstation)에서 연수가 실시된다. 2차 사법국가시험의 시험과목(Prüfungsstoff)은 실제로 연수기간에 강의 받고 연습하는 것들로 이루어진다. 국가시험에 실패한 경우 단 1회에 한해서 다시 응시할 수 있다. 시험에 실패하는 비율은 주마다 차이가 있지만, 1차 시험에는 20-25% 사이 그리고 2차 시험에서는 15-20% 사이에 이른다.

III. 한국에서 계획하고 있는 법학전문대학원도입에 관한 평가

비판적으로 한국을 관찰하는 관점에서 필자의 개인적인 견해로는 지금까지 잘 알려진 (법조인)양성교육정책적 과제, 목표, 내용, 강의방식, 강의기술 그리고 성과통제(Leitungskontrollen) 뿐만 아니라 지금까지의 법조인양성교육과 관련하여 ‘학문적 분위기’와 ‘학문적 환경’ 하에서 법학전문대학원의 창설은 상당한 변화를 가져온다.

- 먼저 법학전문대학원은 3년 과정으로 법학교육이 단축되게 된다. 비록 한국이라

는 국가적, 즉 국내와 국가상호간 법률소재의 폭발적인 확장과 충족에도 불구하고 미국식 Law-School체제의 모델에로의 강한 지향은 결국 소위 직업실무적 방법과 내용이 증가하는 필요성에 대한 수업의 방향이 법기술주의(Rechtstechnizismus) 내지 법실용주의(Rechtspragmatismus)의 만연이라는 관점에서 이론과 연구라는 면에서의 학문에 상당한 손실을 가져온다.

이러한 변화는 한국의 소수의 법학자, 특히 독일이나 프랑스와 같은 대륙법체계에서 수학한 사람들에 의해 지금까지 지켜졌던 법해석학, 법방법론, 법이론을 감식시킨다.

- Law-School체제의 도입과 함께, 한국 안에 이러한 ‘진정한 법학의 섬(Inseln echter Rechtswissenschaft)’에는 이러한 섬들이 점점 작아지고 점점 적어지게 되는 혹은 아마도 장래에 완전히 사라지게 되는 위험이 존재한다. 한국의 법조인양성교육 안에서 결국 대륙법적 법률체계와 법이론이 점점 더 많이 관심과 의미가 상실되게 된다. 이는 한국학생뿐만 아니라 교수들도 외국에서의 공부를 위한 체류의 주요목표지가 더 이상 독일이나 프랑스 등이 아니라 미국이 된다는 것이다.

법학의 이러한 의미상실과 함께 영어를 제외한 외국어, 특히 독일법과 한국법의 많은 부분에서 역사적인 기초를 함께 함으로써 한국의 법조인에게 독일어는 첫 번째 외국어가 되었었는데, 그러한 법학언어로서 독일어의 의미상실을 가져온다. 비록 영어 자체가 수업 중에 큰 역할을 하지 않고 있음에도, 이미 오래 전부터 다른 곳에서도 마찬가지로 영어가 우위를 차지하고 있다.

오늘날 예전에 한국에서 사랑 받는다고 보였던 외국 교과서와 주석서의 구매자를 거의 발견하기 어렵다.

Law-School은 외국의 법학전문용어를 배우고 심화시키기 위한 그리고 외국의 전문서적의 연구를 위한 필요한 시간을 교수들과 학생들에게 더 이상 주지 않는다.

- 학문적인 질을 생각하는 대학교수들에게는 가능한 학문적으로 높은 자격 있는 후배양성이라는 관점에서 걱정이 생기고, 무엇보다도 현재의 ‘Judickal Reseach and Training Institut’를 졸업한 사람들은 아주 적은 예외를 제외하고는 대학교수의 길을 가는 것보다는 보다 좋은 근무가능성 때문에 법관의 길 혹은 변호사직업의 길로 나아가는 것을 선호하거나 선호하게 될 것이다. 때에 따라 한국에서 오늘날 법학교수의 대다수가 결코 충분한 학문적인 자력이 없다는 비난이 거세지게 될 것이다.

- 마지막으로 오늘날의 법과대학과 미래의 법과대학은 그 자체 증가하는 재정문제에 부딪히게 될 것이다. 또 몇몇의 작은 사립대학들은 Law-School의 도입의 결과, 그들의 재정적 붕괴를 두려워하게 될 것이다. 그리고 학업에 대한 재정문제를 해결하기 위해 부업을 해야 하는 몇몇의 학생들은 많은 채무와 과제와 시간을 필요로 하는 Law-School 수업에 부업까지 한다는 것이 불가능하다는 근본적인 두려움을 갖게 될 것이다.